

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: die
kleinspaltige Seite 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Seite 25 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 R. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

Nr. 38.

Donnerstag, den 30. März

1899.

Zwangssinnung für das Sattler-, Riemer-, Wagenbauer- und Tapezierer-Handwerk betreffend.

Von der Sattler-, Riemer-, Wagenbauer- und Tapezierer-Jnning in
Schwarzenberg ist beantragt worden, anzuordnen, daß innerhalb des Bezirkes der könig-
lichen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sämtliche Gewerbetreibenden, welche die oben-
genannten Handwerke oder eins oder mehrere derselben ausüben, der neu zu errichtenden
Sattler-, Riemer-, Wagenbauer- u. Tapezierer-Jnning zu Schwarzenberg angehören müssen.

Von der Kreishauptmannschaft Zwicau mit der kommissarischen Vorbereitung deren
Entscheidung beauftragt, mache ich hierdurch bekannt, daß die Neuerungen für oder gegen
die Errichtung dieser Zwangssinnung schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 1. bis 11.
April d. J. bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraums
werktäglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags in den Dienst-
räumen des Stadthauses, Zimmer Nr. 2, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirke der königlichen Amts-
hauptmannschaft die obgenannten Handwerke oder eins oder mehrere derselben betreiben,
zur Abgabe ihrer Neuerung mit dem Bemerkten auf, daß nur solche Erklärungen, welche
erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangssinnung zustimmt oder nicht,
giltig sind, und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Neuerungen unberück-
sichtigt bleiben.

Hierzu wird noch besonders darauf hingewiesen, daß auch die Mitglieder der antrag-
stellenden Jnning ihre Stimmen abzugeben haben, und daß bei Entscheidung der Frage,
ob die Mehrheit der Beteiligten zustimmt, nur die innerhalb des behördlich geordneten
Verfahrens und Zeitraums beim Kommissar eingegangenen Neuerungen gezählt werden
und daß demnach von Erlass der Zwangsverfügung auch dann abzusehen ist, wenn auf
die kommissarische Bekanntmachung innerhalb der gestellten Frist Neuerungen Beteiligter
überhaupt nicht eingehen.

Schwarzenberg, am 25. März 1899.

Der Kommissar.

Garcis, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Nach den hier bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
ist am 1. Weihnachtst-, Oster- und Pfingstfeiertage, am Charfreitag, an den Fasttagen
und am Todtenfestsonntag der öffentliche Handel noch mehr beschränkt, als an den übrigen
Festtagen. Es darf an den genannten Tagen nur der Verkauf von Brod und weicher

Bäckerwaare, von sonstigen Gh- und Materialwaaren, von Milch, sowie der
Kleinhandel mit Heizungs- und Beleuchtungsmaterial und die Beschäftigung von
Gehtliden, Lehrlingen und Arbeitern hierbei zu der geordneten Zeit von 6 Uhr früh
bis 1 Uhr Nachm. mit Ausschluß von 2 Stunden von Beginn des Vormittagsgottes-
dienstes an stattfinden, alle übrigen Verkaufsstellen sind während des ganzen
Tages geschlossen zu halten.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Charfreitag und 1. Osterfeiertag weisen wir
erneut auf diese Bestimmungen mit dem Bemerkten hin, daß Zuwiderhandlungen gemäß
§ 366,1 des Reichsstrafgesetzbuches und § 146a der Gew.-Ordnung mit Geldstrafe bis zu
600 Mark oder mit Haft bestraft werden.

Am Gründonnerstag ist der Handels- und Marktverkehr, der Betrieb der Land-
wirthschaft, sowie der Gewerbe- und Fabrikbetrieb gestattet, es ist jedoch alles störende Ge-
schäft in der Nähe der Kirche zu vermeiden.

Eibenstock, den 29. März 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

Nr. 202 des Verzeichnisses der unter das Schank- und Tanzstättenverbot gestellten
Personen ist zu freichen.

Stadtrath Eibenstock, den 28. März 1899.

Hesse.

Gnächtel.

Holz-Versteigerung. Staatsforstrevier Carlsfeld. Im Gasthose „zum grünen Baum“ in Carlsfeld sollen

Freitag, den 7. April 1899, von Vorm. 10 Uhr an

10000 Stück fichtene Ästler von 7—15 cm Stärke,	
4940 " " " " " 16—22 " "	
3280 " " " " " 23—32 " "	
8 " " " " " 18—32 " "	
56 rm fichtene Ästknüppel,	
1210 Stück " " " " " 8—15 " "	
125 Hdt. " " " " " 2—4 " "	
32 " " " " " 5—7 " "	
654 rm Brennholz	

in den Abtheilungen
6, 7, 8, 12, 21, 49,
51, 52, 62, 63, 64
und 76,

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.
Königl. Forstrevierverwaltung Carlsfeld u. Königl. Forstrentamt Eibenstock,
am 28. März 1899. Hesse.

Fünzig Jahre

waren am Dienstag verfloßen, wie bereits in einem Artikel un-
serer vorigen Nummer ausführlich erwähnt, seit die deutsche Na-
tionalversammlung in Frankfurt am M. den König von Preußen
Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser von Deutschland pro-
klamirt hat.

Heute, da das deutsche Kaiserreich — allerdings auf ganz
anderer Grundlage errichtet — groß und geachtet dasteht, bilden
jene Vorgänge, die sich an das „tolle Jahr“ angeschlossen, nur noch
historische Erinnerungen. Friedrich Wilhelm IV. hat zwar da-
mals die Kaiserwürde abgelehnt, woraus ihm Zeitgenossen und
Historiker einen Vorwurf gemacht haben. Aber es läßt sich be-
stimmt sagen, daß damals das Kaiserthum mit Preußen an der
Spitze doch nicht Thatfache geworden wäre. Oesterreich und
Bavern waren entschieden dagegen. Schon das Erbkaiser-
thum an sich fand im Frankfurter Parlament starken Widerspruch.
Dafür stimmten bekanntlich 267, dagegen aber 263 Abgeordnete.
Am nächsten Tage, am 28. März 1849 wurde dann der König
von Preußen mit 290 Stimmen zum Kaiser gewählt. Aus dem
obigen Stimmverhältniß ist zu ersehen, wie viele Stimmen in-
direkt oder direkt gegen diese Wahl waren.

König Friedrich Wilhelm IV. war aber auch nicht der Mann,
eine so große Sache, wie es die Einigung Deutschlands war,
durchzuführen. Er wollte auf jeden Druck auf die Fürsten ver-
meiden, wollte sie erst hören und sich sodann entscheiden. Er
trug daher am 2. April keinen Ministern die Antwort vor, die
er der vom Parlament gewählten Deputation von 24 Mitglie-
dern zu geben beabsichtigte und die folgenden Punkte umfaßte:

1) Vor Allem sei zu erstreben, durch Verathung mit deut-
schen Fürsten einschließl. Oesterreichs der Neugestaltung Deutsch-
lands eine sichere Grundlage zu geben, dabei zu dem von ihm
beabsichtigten deutschen Bundesstaat die Zustimmung Oesterreichs,
obgleich dasselbe daran nicht theilnehmen könne, zu erlangen und
dessen Verhältniß zu dem das ganze bisherige Bundesgebiet um-
fassenden Staatenbunde festzustellen.

2) Die Bildung des deutschen Bundesstaates, wie sie in
Frankfurt aufgefaßt ist, kann nicht gelingen, wenn sich ihr die
deutschen Könige entziehen. Sollten sich nur die Kleinstaaten
dazu entschließen, so würde ein solcher Verein nicht als der an-
gestrebte Bundesstaat betrachtet und organisiert werden können.

3) Dann gestalte sich das Verhältniß der Kleinstaaten zu
Preußen wesentlich als ein Schutzverhältniß und es würde die
von Camphausen zu Frankfurt in diesem Sinne eingeleitete
Unterhandlung mit Nachdruck zu Ende zu führen sein.

4) Die Annahme des Kaisertitels sei unter allen Umständen
unangemessen.

Am 3. April gab darauf der König der mit großer Pracht
und Feierlichkeit empfangenen Deputation die Tags zuvor festge-
setzte Erklärung: Er erkenne in dem Beschlusse der National-Ver-
sammlung die Stimme des deutschen Volkes; dieser Ruf gebe ihm

ein Anrecht, das er zu schätzen wisse, aber er könne ohne das
freie Einverständnis der deutschen Regierungen keinen Entschluß
von solcher Bedeutung für alle deutschen Staaten fassen. An
den Regierungen also werde es jetzt sein, in gemeinsamer Berath-
ung zu prüfen, ob die Verfassung dem deutschen Volke fromme
und eine kräftige Reichsregierung möglich mache!

Dies sah die Deputation als Ablehnung an. Fürst Schwarzen-
berg rief am 5. April die österreichischen Abgeordneten aus der
Paulskirche ab; für ihn war die Nationalversammlung nicht mehr
vorhanden. Zugleich verkündete er dem Reichsministerium, Kaiser
Franz Joseph wiederhole seine Erklärung, daß er sich im deutschen
Bunde nie einem andern Fürsten unterwerfen werde!

Der Ausgang dieser Episode ist ja nur zu bekannt. Es
war — sagt Heinrich von Sybel in seiner Geschichte der Be-
gründung des Deutschen Reiches — die Vernichtung und leider
die von preussischer Hand vollzogene Vernichtung aller Hoffnungen,
an welchen das Herz der Nation seit einem Jahre gehangen hatte!

Die Nationalversammlung kämpfte einen traurigen Todes-
kampf; endlich wurde sie in Stuttgart, wohin sie ihre Sitzungen
verlegt hatte, durch ein von dem Märzminister Kömer gesandtes
Militär-Kommando auseinander gejagt! Jämmerlich war das
Einblet, aber die Sehnsucht im Herzen des Volkes nach Deutschlands
Einheit blieb zurück und ohne sie wären die späteren Schritte
dazu nicht so glücklich verlaufen, wie groß Bismarcks Genie auch
war, wie majestätisch der siegreiche Feldenkaiser.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Gegenüber anderweitigen Meldungen, die
bereits eine Theilung der Samoa-Inseln unter die drei
Mächte in Aussicht stellen, erfährt die „Post“, daß die Verhand-
lungen sich zur Zeit im Sinne einer Beibehaltung der Samoa-
Akte bewegen. Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß die
deutsche Regierung durchaus an dem Berliner Vertrage festhält.
Allerdings ist im Verlaufe der Unterhandlungen mit den Ver-
staaten von Amerika und mit England von deutscher Seite
unter Anderem auch die Theilung der Inseln unter die drei in-
teressirten Mächte angeregt worden. Dieser Plan hat jedoch in-
besondere bei England so wenig Anklang gefunden, daß er als
aufgegeben angesehen werden darf.

— Zur Unterstützung der deutschen Ansprüche an
Marokko ist der Kreuzer „Buffard“ in Tanger eingetroffen.
Es handelt sich um wiederholte Beschwerden der deutschen Ver-
tretung wegen der Ueberfälle auf die Ueberlandposten im Innern
des Landes, wobei viele deutsche Briefe und, wie es heißt, auch
diplomatische Schriftstücke verloren gegangen sind; auch liegen
Klagen deutscher Kaufleute wegen Plünderung von Kaufläden
durch Eingeborene und andere Eigentumsverletzungen vor.

— Oesterreich-Ungarn. Wie anscheinend halbamtlich
gemeldet wird, hat das Kabinet Thun seine Absicht, die Sprachen-

frage in Böhmen mittels des Nothparagraphe 14 zu regeln,
infolge der schlechten Aufnahme, die dieser Plan sowohl bei den
Deutschen, wie namentlich auch bei den Jungtschechen gefunden
hat, vorläufig verschoben.

— Italien. Das Kriegsschiff „Stromboli“, mit dem
Admiral Grenet an Bord, ist Montag von Neapel nach China
abgegangen.

— England. London, 28. März. Nach einem Tele-
gramm des Pariser Korrespondenten der „Morning Post“ ist in
Paris die Meldung eingetroffen, daß der britische Botschafter in
St. Petersburg der russischen Regierung ernstliche Vorschläge ge-
macht habe, die auf eine Theilung Chinas abzielen, und zwar
hätte der englische Vertreter dem Grafen Murawiew das be-
treffende Programm am vorigen Freitag unterbreitet. Darin
wird von England angeblich der Gedanke entwickelt, daß, solange
Europa unter der gemeinsamen Führung Russlands und Englands
nicht eine vernünftige Lösung der chinesischen Frage herbeiführe,
gesehliche Zustände in Ostasien nicht eintreten könnten. Diese
Lösung aber könne nur in der Auftheilung Chinas an die Groß-
mächte bestehen. Könnte hierin zwischen England und Russland
eine Einigung erzielt werden, so würden die übrigen Mächte mit
Leichtigkeit für dasselbe Ziel zu gewinnen sein und zwar am besten
im Wege eines internationalen Kongresses, zu welchem außer den
genannten Mächten noch Frankreich, Deutschland und Italien zu-
sammenzutreten hätten. Graf Murawiew soll darauf geantwortet
haben, er verspreche sich von einem solchen Kongreß eher eine
Verschlimmerung als eine Verbesserung der Zustände Ostasiens.
Ueberdies könne eine Entscheidung nicht über die Köpfe der an-
deren in China interessirten Mächte, Oesterreichs, Japans und
der Vereinigten Staaten, getroffen werden, während wiederum
die Beteiligte der beiden letzten Mächte auf einem solchen
Kongreß ihnen die Thür zur Einmischung in die Angelegenheiten
Europas öffnen hieße. Schließlich soll Graf Murawiew die
Theilung Chinas grundsätzlich abgelehnt und erklärt haben, daß
Russland sich jedem derartigen Plane mit aller Kraft widersetzen
werde. Die verschiedenen nationalen Interessensphären in China
werden gegenwärtig in Petersburg folgendermaßen beziffert: Rus-
land über zwei Millionen englische Quadratmeilen, England etwa
eine halbe Million, Frankreich eine dritte Million, Deutschland
65,104 und Italien 70,000 Quadratmeilen. (Letztere sind für
Italien allerdings noch frommer Wunsch.)

Locale und sächsische Nachrichten.

— Schönheide. Mit Schluß dieses Schuljahres feierte
Herr Lehrer Ernst Ludwig Schröder sein 25jähriges Ortsjubi-
läum. Zu dieser Feier versammelte sich das hiesige Lehrerkollegium,
Schüler und Schülerinnen in der oberen Schule. Herr Schul-
direktor Grohmann beglückwünschte den Jubilar mit herzlichsten
Worten unter Bezeichnung des Tages als einen der Freude und
des Dankes. Dabei wurde dem letzteren eine Anerkennungs-
urkunde der Gemeinde und der Schulinspektion überreicht, woran